



An den Grossen Rat

19.5264.03

ED/P195264

Basel, 16. März 2022

Regierungsratsbeschluss vom 15. März 2022

Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend «Aufhebung des Kleinklassenverbots»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. Februar 2020 vom Schreiben 19.5264.02 Kenntnis genommen und – dem Antrag des Regierungsrates folgend – die Motion Martina Bernasconi und Konsorten in einen Anzug umgewandelt. Mit Präsidialbeschluss vom 19. Februar 2020 wurde der Anzug dem Erziehungsdepartement zur Berichterstattung überwiesen.

«Basel-Stadt ist der einzige der 16 Kantone, die dem Sonderpädagogik-Konkordat beigetreten sind, der die Kleinklassen vollumfänglich abgeschafft hat. Die Sonderpädagogikverordnung regelt die Schulung und Förderung der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf. Die vorliegende Motion verlangt die Aufhebung des Kleinklassenverbotes.

Ziel der integrativen Schule ist, dass "... alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ethnischer oder sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion, Hautfarbe, Behinderung, Leistungsstand usw. ihren Platz haben..." (Integrative Schule. Orientierungsraster für Schulentwicklung und Schulevaluation an den Volksschulen des Kantons Basel-Stadt. Broschüre, FHNW PH, März 2015). Die Motionärinnen und Motionäre sind überzeugt, dass dieses Ziel mit der Aufhebung des Kleinklassenverbotes besser realisiert werden kann. Die grössten Schwierigkeiten bereiten verhaltensauffällige Kinder. Eine Petition (P 354) zum Thema Umsetzung der schulischen Integration beantwortet der Regierungsrat im Januar 2017 unter anderem mit: "Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten optimieren;"

(<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100388/000000388086.pdf?t=155897100920190527173009>

, S. 4). Gemäss einer Umfrage der Pädagogischen Hochschule Zürich ist jedes fünfte Kind einer Klasse verhaltensauffällig und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sind der grösste Belastungsfaktor für Lehrpersonen (<https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/jedes-fuenfte-kind-stoert-den-unterricht/story/26596087>). Der Schweizer Lehrerverband fordert mehr Mittel für die Integration und die Wiedereinführung von Kleinklassen

(<http://schule467.rssing.com/browser.php?indx=47926054&last=1&item=4>) und Radio SRF 1 fragt: Ist die integrative Schule am Ende (<https://www.srf.ch/radio-srf-1/radio-srf-1/integrative-schule-am-ende-umgang-mit-radau-schuelern-braucht-es-wieder-kleinklassen>)? Da in § 4 der Verordnung über die Schulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf (Sonderpädagogikverordnung) die Förderangebote abschliessend aufgezählt werden, sind Kleinklassen zusätzlich im Schulgesetz unter § 63b aufzuführen, damit folgende Angebote weitergeführt werden können:

Schulgesetz

§ 63b. Förderangebote

1 Im Rahmen der Regelschule werden Förderangebote bereitgestellt, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf unterstützen und ihre individuellen Begabungen stärken.

1. a) Unterricht in Deutsch als Zweitsprache;

2. b) Förderangebote für besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler;
3. c) Schulische Heilpädagogik;
4. d) Logopädie;
5. e) Psychomotorik;
6. f) Einführungsklassen;
7. g) Kleinklassen

Die Motionärinnen und Motionäre fordern, dass zusätzlich zu den bestehenden Angeboten neu auch Kleinklassen als Förderangebot eingeführt werden.

Martina Bernasconi, Stephan Mumenthaler, Beatrice Messerli, Pascal Messerli, Katja Christ, Luca Urgese, Andreas Zappalà, Christian C. Moesch, Claudio Miozzari, Joël Thüring, Erich Bucher»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Zur Ausgangslage

Mit Beschluss Nr. 20/7A/16 vom 19. Februar 2020 wurde die Motion Martina Bernasconi und Konsorten betreffend «Aufhebung des Kleinklassenverbots» in einen Anzug umgewandelt.

Mit Beschluss Nr. 21/12A/8 vom 21. April 2021 hat der Grosse Rat die Motion Franziska Roth betreffend «ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule» (P195264) dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Die Motion Franziska Roth und Konsorten fordert, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrags der integrativen Schule mit allfälligem Gesetzesvorschlag vorlegt. Neben weiteren Massnahmen sollen die in der regierungsrätlichen Stellungnahme zur in einen Anzug umgewandelten Motion Bernasconi angekündigten Massnahmen umgesetzt werden. Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 21. April 2021 vom Schreiben 20.5343.02 Kenntnis genommen und – dem Antrag des Regierungsrates folgend – die Motion Franziska Roth und Konsorten dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert zwei Jahren überwiesen.

Die in der Stellungnahme zur in einen Anzug umgewandelten Motion Bernasconi und in der Stellungnahme zur Motion Roth dargelegten Massnahmen haben zum Ziel, die integrative Schule weiterzuentwickeln und zu verbessern. Die entsprechende Vorlage zur Umsetzung der Massnahmen wird vom Erziehungsdepartement zurzeit erarbeitet. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat die Vorlage Ende April 2023 fristgerecht vorlegen und im selben Bericht auch zum vorliegenden Anzug Martina Bernasconi und Konsorten berichten.

2. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend «Aufhebung des Kleinklassenverbots» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin